

# Beim ÖPNV von anderen Städten lernen /

CeBus wollte für Werbekampagne vor Fahrplanumstellung 38.000 Euro haben / Kreisausschuss sagte Nein

CELLE. Weniger Leistung für mehr Geld: Auf diese einfache Formel lässt sich der neue Fahrplan der CeBus bringen, der in der Bevölkerung für Unmut sorgt. Doch damit nicht genug: Nach CZ-Informationen wollte das Unternehmen für eine Werbekampagne im Vorfeld der Fahrplanumstellung auch noch mehr als 38.000 Euro an öffentlichen Mitteln haben. Die Forderung wurde jedoch im Kreisausschuss abgelehnt.

Dem Vernehmen nach gab es auch innerhalb der CeBus Unstimmigkeiten. So sollen Busfahrer keine Einweisung erhalten haben, sondern kurzfristig mit den neuen Takten und Stre-

cken vertraut gemacht worden sein. Für die Kunden sind die Busfahrer in diesen Tagen die Blitzableiter. Sie müssen sich die Kritik der Fahrgäste anhören.

Unterdessen stellt sich die Politik die Frage, wie der ÖPNV in Zukunft aufgestellt sein soll. Die SPD-Ratsfraktion hatte dazu bereits Ende Februar die Verwaltung aufgefordert, sich in zwei bis drei Orten mit funktionierendem ÖPNV zu informieren, etwa in Neubrandenburg.

„Vielleicht kann man von anderen Städten etwas lernen, was uns bei der Realisierung eines guten ÖPNV helfen kann“, sagte Fraktionschef Jürgen

Nach dem Chaos im Zusammenhang mit dem neuen Busfahrplan stellt sich die Politik die Frage, wie der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Zukunft aufgestellt sein soll. Die SPD schlägt vor, sich dort Anregungen zu holen, wo es klappt.

Rentsch. Man habe auch einen Besuch der Stadt Hasselt in Belgien vorgeschlagen. „Dort soll der ÖPNV für die Benutzer völlig kostenfrei sein und nahezu perfekt funktionieren“, so Rentsch.

Unterdessen begrüßte SPD-Kreistagsfraktionschef Maximilian Schmidt die deutliche Aufforderung von Landrat Klaus Wiswe (CDU) an die CeBus-Spitze, die Probleme im neuen

Busfahrplan schnellstmöglich zu lösen. „Wir haben den Landrat am Freitag aufgefordert, das Thema ÖPNV endlich zur Chefsache zu machen. Es ist gut, wenn der Chef der Kreisverwaltung jetzt die CeBus klar auffordert, die Mängel abzustellen.“ Grundsätzlich forderte Schmidt mehr kommunalen Einfluss und mehr Verlässlichkeit im ÖPNV-Angebot. „Darüber müssen wir zeitnah einen

politischen Konsens herstellen.“

Die Politik müsse die CeBus mit Blick auf die Neuausschreibung im Jahr 2015 unter Konkurrenzdruck setzen, forderte Oliver Müller, Vorsitzender der Ratsfraktion Linke/BSG. „So geht es jedenfalls nicht weiter.“ Darüber hinaus müssten Verwaltung und Politik aufgefordert werden, Maßnahmen zu diskutieren, die die Menschen dazu bewegen, ihr Auto stehen zu lassen. Das könne nur durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV mit kürzeren Taktfrequenzen und mehr Haltestellen gelingen. Millionenschwere Investitionen in den Straßenbau seien kontraproduktiv, so Mül-

ler.

Zur Verbesserung des Busverkehrs erwägt WG-Fraktionschef Torsten Schoeps auch städtische Mittel. „Immerhin spart die Stadt durch die Privatisierung des ÖPNV, der zur Daseinsvorsorge einer Kommune unabdingbar gehört, jährlich erhebliche Mittel ein“, argumentiert Schoeps. Das sei man allen Bürgern schuldig, die auf den ÖPNV angewiesen seien.

Bei der Diskussion um den ÖPNV müssten die finanziellen Auswirkungen auf den Prüfstand, forderte Udo Hörstmann, Ratsfraktionschef der Unabhängigen. Die Bürger müssten dabei eingebunden werden.

Oliver Gatz